

AK: Mobility-Card würde öffentlichen Verkehr kundenfreundlicher machen!

Utl.: AK verlangt eine echte Nahverkehrsreform für Pendler und Fahrgäste statt Sparpolitik und Einstellen von Nebenbahnen =

Wien (OTS) - Mehr zufriedene Kunden und ein Umsteigen vom Auto auf Öffis würde eine Mobility-Card bringen, sagt die AK. Das zeigen auch internationale Beispiele. "Mit einer Nahverkehrspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Kunden orientiert, sind Fahrgastzuwächse und positive wirtschaftliche Entwicklungen im Nahverkehr möglich", unterstützt AK Verkehrsexpertin Sylvia Leodolter die gemeinsame Forderung der Eisenbahnergewerkschaft und des VCÖ nach Einführung einer Mobility-Card.

Mit diesem Chipkarten-Ticket im Scheckkartenformat könnten Öffis und andere Angebote wie Park&Ride-Anlagen oder auch Taxis einfach und bequem genutzt werden. Die Chipkarte kann am kontaktlosen Lesegerät an Haltestellen oder im öffentlichen Verkehrsmittel vorbeigeführt werden, das Aussteigen kann entweder automatisch erkannt werden oder erfolgt durch Auschecken am Ausstiegsort. Der Fahrpreis wird automatisch berechnet und von einem Guthaben oder vom Konto abgebucht. Auf der Chipkarte könnten Zeitkarten, z.B. Jahreskarten, oder Halbp reis-Ermäßigungen aufgebucht werden.

"Die vielen Zugangsbarrieren von Fahrplänen über komplizierte Umsteige-Routen oder unterschiedliche Ermäßigungen und Möglichkeiten bei Fahrkarten bis hin zu baulichen Barrieren und unübersichtlichen Informationen, machen es vor allem Neukunden und gelegentlichen Öffi-Benützern schwer, vom Auto auf Bahn, Bim oder Bus umzusteigen", sagt Leodolter. Mit der Einführung einer österreichweiten Mobilitätskarte würde die Öffi-Benutzung erleichtert werden. "Diese Initiative muss aber vom Bund als klares Bekenntnis für einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr getragen werden", sagt Leodolter, "eingebunden werden müssen die Länder, Verkehrsverbände, Verkehrsunternehmen und auch Institutionen wie die AK.

Statt der vorerst gescheiterten Nahverkehrsreform des Bundes, wodurch ein kaputt Sparen es öffentlichen Verkehrs verhindert werden konnte, muss endlich eine echte Reform des öffentlichen Verkehrs kommen. Die AK fordert für eine Nahverkehrsreform eine klare Zuständigkeit des Bundes für den öffentlichen Verkehr, ein

Gesamtverkehrskonzept des Bundes, an das die Länder dann mit ihren Planungen und regionalen Konzepten anknüpfen können, gesetzliche Mindestversorgungsstandards, mehr Geld für ein attraktives öffentliches Nah- und Regionalverkehrsangebot und endlich eine Entlastung für Pendler auf Grund der hohen anhaltenden Energiepreise: Pendlerabsetzbetrag statt Pauschalien, Erhöhung des Verkehrsabsetzbetrages und Kilometergeldes.

Rückfragehinweis:

Doris Strecker
AK Wien Kommunikation
tel.: (+43-1) 501 65-2677
mailto:doris.strecker@akwien.at
<http://wien.arbeiterkammer.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0083 2006-07-25/11:44

251144 Jul 06

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060725_OTS0083